

Gartenschau-Jury besucht im Sommer Furth

Politischer Aschermittwoch der Freien Wähler – Aufstockung des Bauamtes gefordert

Furth im Wald. Die Freien Wähler hielten auch heuer am Aschermittwoch an ihrem bodenständigen Fischessen samt Wirtshausdiskurs fest. Sie hatten Mitglieder und Freunde ins Gasthaus „Stangerl am Platzl“ eingeladen. Dabei gab es nicht nur lecker zubereiteten Fisch, auch kommunalpolitische Themen wurden von den drei Rednern aufgegriffen: FW-Vorsitzender Anton Schmidt behandelte die Straßenausbaubeiträge (Strabs), zweiter Bürgermeister Michael Mühlbauer die geplante Landesgartenschau in der Grenzstadt und Stadtrat Oskar Mühlbauer die bauliche Entwicklung der Stadt.



Oskar Mühlbauer sprach über die bauliche Entwicklung in Furth ...



... zweiter Bürgermeister Mühlbauer über die Landesgartenschau ...



... und Toni Schmidt über die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.

430 Unterschriften in Furth gegen Strabs gesammelt

Toni Schmidt blieb die Begrüßung vorbehalten, wobei er schmunzelnd meinte: „Viel sam ma net, oba guat samma ...“ Erfreulicherweise habe man inzwischen in Furth rund 430 Unterschriften gegen die „Strabs“ gesammelt. Die Aktion werde noch bis Ende Februar weitergeführt. „Eine gute Idee erkennt man daran, dass sie geklaut wird“, bemerkte er schmunzelnd. Der Antrag der Freie-Wähler-Fraktion im Landtag zur Abschaffung der „Strabs“ sei im Herbst 2017 noch abgelehnt worden; Mitte Januar, also vor vier Wochen, habe die CSU beschlossen, sie abzuschaffen. Die Erkenntnis komme spät, aber das sei auch bei der Abschaffung der Studiengebühren und des G8 so gewesen.

Bei der Strabs geht es laut Schmidt um gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern. Finanzschwache Kommunen wie Furth im Wald seien gezwungen, alle Möglichkeiten der Steuer- und Abgabenerhebung abzuschöpfen, also die Straßenausbaubeiträge zu fordern. Die beabsichtigte „Kann-Regelung“ helfe nur den reichen Kommunen. Das seien in Bayern immerhin rund 30 Prozent; sie können dann auf eine solche Satzung verzichten, so wie München. Welche Widersprüche sich daraus ergeben, zeigt laut Schmidt die notwendige zweite Stammstrecke in München: rund 1,3 Milliarden Euro Zuschuss vom Freistaat Bayern, etwa 1,5 Milliarden Euro Zuschuss vom Bund: die Bahn ist mit 177 Millionen Euro beteiligt; die Stadt München trägt 161 Millionen Euro (also fünf Prozent). Sein Fazit: Wenn solche Verkehrsprojekte in den Ballungszentren zu 90 Prozent aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden, müsse das für den Erhalt der Straßen in den Städten und Gemeinden ebenso gelten. Es gehe aber nicht nur ums Geld, sondern auch um Gerechtigkeit. Die Stadt – somit alle Bürger – trage schon immer und

grundsätzlich einen Anteil der Kosten. Dafür erhalte man Zuweisungen zum Haushalt. Die Anlieger bezahlen die erstmalige Herstellung der Straße, dies werde auch weiterhin der Fall sein. Wenn aber später eine Sanierung ansteht, wird der einzelne Anlieger, der seine Straße schon einmal bezahlt hat, entlastet und der Anteil von allen übernommen. Denn es gehe um öffentliche Straßen, die jedermann benutzt hat. Und es gehe ums Verursacherprinzip. Schmidt behauptete, dass die wenigsten Straßenschäden von den Anliegern selbst verursacht werden.

Doch wo soll das Geld herkommen? Der Bund nahm 2015 allein mit der Kfz-Steuer 8,8 Milliarden Euro, mit der Mineralölsteuer 39,6 Milliarden Euro und mit der Lkw-Maut 4,5 Milliarden Euro ein. Das waren fast 53 Milliarden Euro Einnahmen des Bundes durch den Straßenverkehr. Die Reform des Länderfinanzausgleiches bringe Bayern 1,35 Milliarden Euro.

Prioritätenliste für örtliche Straßensanierungen nötig

Schmidt betonte abschließend: Die Strabs sei noch nicht abgeschafft. Es brauche nach wie vor den Druck auf den Landtag, diese Ungerechtigkeit zu beheben. Die FW-Fraktion mache auch Druck im Stadtrat, dass hier in Furth im Wald was vorangehe. Das müsse auch sein. Seit Jahren fordern die Freien Wähler eine Prioritätenliste, die konsequent und der Reihe nach abgearbeitet werden sollte. Es werden grundlegende Erneuerungen, kostengünstige Teilsanierungen (zum Beispiel in der Konrad-Utz-Straße) sowie Erhaltungsmaßnahmen gefordert, um größeren Schäden vorzubeugen. Die Sanierung der Further Straßen werde die Daueraufgabe der kommenden Jahre mit einem klaren Ziel sein: Mittel- bis langfristig das marode Straßennetz wieder auf Vordermann zu bringen.

Zweiter Bürgermeister Michael Mühlbauer behandelte die geplante

Landesgartenschau in Furth im Wald, ein Thema, das ihn, wie auch Erich Hofmann – ebenfalls Mitglied des Gärtnereiverbandes – seit vielen Jahren beschäftige. Der erste Termin fand 2005 im ATT mit der Geschäftsführerin der Gartenschau-Gesellschaft, Dagmar Voss, und Bürgermeister Reinhold Macho statt. Ziel: Eine grenzüberschreitende Gartenschau auszurichten. Machos Nachfolger habe eine Landesgartenschau als Quatsch und Illusion bezeichnet. Unter Bürgermeister Bauer wurde dieses Thema wieder aufgegriffen.

Mühlbauer ist überzeugt: Mit den Gartenschauen werden bleibende Werte geschaffen. Städtebauliche und landschaftliche Nachhaltigkeit seien hier nicht nur Schlagwörter, sondern Realität. Durch Gartenschauen werden aus Industrie-, Gewerbe- und Siedlungsbrachen blühende Landschaften und nutzbare Erholungsflächen. Gartenschauen tragen in besonderer Weise zur Belebung und Verschönerung des Ortsbildes bei.

Am Beispiel der Stadt Tirschenreuth, die im Oktober 2017 von einer Further Delegation besucht wurde, erläuterte Mühlbauer auch das staatlich geförderte Projekt. Tirschenreuth war hoch verschuldet, aber mit seinem engagierten und euphorischen Bürgermeister wurde ein nachhaltiger Nutzen geschaffen. In Furth werden derzeit Konzepte und eine Machbarkeitsstudie entwickelt. Die anhängigen Konzepte würden die gesamte Stadt verändern. Die Jury werde kurz vor dem Drachenstich Furth besuchen.

25 Parzellen im geplanten Baugebiet „Aufelder“

Stadtrat Oskar Mühlbauer als „vorbelasteter Angestellter beim Landratsamt“ nutzte sein Steckpferd zu einem Vortrag übers Planen und Bauen in Furth im Wald. Er behandelte das neue Wohnprojekt „Aufelder“ an der Eschlkamer Straße. Dort sollen rund 25 Wohn-

bauparzellen für Ein- und Zweifamilienhäuser entstehen. Mit der Nähe zum Rettungszentrum gestalte sich die Ausweisung schwierig. Nur mit einem Lärmschutzgutachten konnte rechnerisch nachgewiesen werden, dass eine Wohnbebauung mit einem gewissen Abstand zum Rettungszentrum möglich sei.

Als „Puffer“ sei ein Mischgebiet, das höhere Lärmwerte verträgt, angedacht. Wichtig sei, dass keine überzogenen Festsetzungen aufgenommen werden, damit Bauwerber möglichst im Genehmigungsverfahren teilnehmen könnten. Enge Festsetzungen zur Baugestaltung wären zwar wünschenswert, könnten aber mit dem Stadtrat nicht durchgesetzt werden. Es fehle hier die Konsequenz. Es soll ein „schlanker“ Bebauungsplan werden, der trotzdem die städtebaulichen Ziele der Stadt umsetze.

Die zur Verfügung stehenden weiteren Grundstücke bis zum Trog sollen als nutzungsbeschränktes Gewerbegebiet ausgewiesen werden. Für diesen Bereich werden Lärmkontingente festgelegt. Zur Sicherstellung der zügigen Verfahrensabwicklung forderte Oskar Mühlbauer eine ausreichend besetzte städtische Bauverwaltung, die personell aufzurüsten sei.

Auch das Kernthema „Leerstände in der Innenstadt“ sprach er an. Eine Nachnutzung älterer Gebäude gestalte sich oftmals als sehr schwierig. Alternative Konzepte müssten gesucht und umgesetzt werden. Das Wohnen in der Innenstadt mit den entsprechenden Vorteilen in Verbindung mit einer zu sichernden Nahversorgung müsse den Menschen nahegebracht werden.

Wichtig seien auch Verkehrskonzepte, damit die neuen Zu- und Ausfahrten verkehrstechnisch sicher gestaltet werden. Es müsse mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen gerechnet werden, das es zu bewältigen gelte. Für diese Ziele wollen sich die Freien Wähler einsetzen, damit die Stadt wieder belebt wird und liebenswert bleibt.